

Alternative Nachrichten

der AfD-Fraktion im Stadtparlament Darmstadt

Alternative
für
Deutschland



1. Ausgabe | September 2016

Bitte lesen und weitergeben !

Baustopp für ein Ghetto!

Gegen einen neuen sozialen Brennpunkt!



1. AfD-Bürgersprechstunde
Am 27.09.2016
von 17:10 Uhr bis 20:00Uhr
im Justus-Liebig-Haus / Foyer
Große Bachgasse2, 64283 Darmstadt

2. AfD-Bürgersprechstunde
Am 03.11.2016
von 17:00 Uhr bis 20:00Uhr
im Justus-Liebig-Haus / Foyer
Große Bachgasse2, 64283 Darmstadt

AfD-Darmstadt-Fraktion beantragte Baustopp für die Asylbewerberunterkunft im Sensfelderweg

Willkommenskultur endet in Darmstadt auf einem kontaminierten Industriegelände

Für ein innerstädtisches Ghetto für Asylbewerber auf einem mit Schadstoffen belasteten Gelände zwischen der Firma Merck, einem Gasheiz- und einem Müllheizkraftwerk will die Sozialdezernentin, Frau Akdeniz, 54 Millionen Euro ausgeben. Die Baufirmen Fa. Dreßler und Fa. Heil bekommen Millionen Euro für den Bau von Schlichtwohnungen für Flüchtlinge, die auf 10 Jahre angemietet werden und danach wieder für rund 1.000.000,00 Euro abgerissen werden sollen. Schon aus diesen Gründen stellte sich die AfD-Fraktion im Stadtparlament entschieden gegen dieses Projekt. Gegen diesen Standort für das Flüchtlingsghetto sprechen übrigens auch baurechtliche Vorgaben

wie z. B. der Bebauungsplan und umweltrechtliche Seveso-Richtlinien und darüber hinaus die Verletzung der Nachhaltigkeitsstrategie. Der Bebauungsplan für dieses Gebiet schließt eine Wohnbebauung ausdrücklich aus. Dies ist angesichts der vielen Störfallszenarien und Störfallpläne der Fa. Merck und der beiden Heizkraftwerke in unmittelbarer Nähe der geplanten Flüchtlingsunterkünfte auch durchaus verständlich. Genau aus diesen Gründen wurde auf diesem Grundstück in den letzten 50 Jahren nicht gebaut. Aus diesem Grund wurde von der AfD-Fraktion ein sofortiger Baustopp für dieses Projekt mit insgesamt 14 Laubenganghäusern als Schlichtbauten für insgesamt 1000 Asylbewerber zu erwirken. Ein zentrales Ghetto für die Flüchtlinge mit diesem Konzept ist nach Meinung von Experten wie dem SPD-Mann

Heinz Buschkowsky völlig überholt und sollte zugunsten einer dezentralen Unterbringung auf viele Standorte in der Stadt abgeändert werden, um eine wirkliche Integration der Flüchtlinge zu ermöglichen und zu fördern. Eine Anwohnerin sagte treffend bei der Öffentlichkeitsveranstaltung: „600 Darmstädter Bürger und Anwohner können keine 1.000 Menschen verschiedenster Nationen integrieren“ Dennoch wird ohne jede Notwendigkeit ein sozialer Brennpunkt, ein Ghetto inmitten der Stadt geschaffen - und dies von einer Sozialdezernentin. Das Projekt war aufgrund rapide sinkender Flüchtlingsaufnahmezahlen schon im März, als der Mietvertrag mit dem Bauträger geschlossen wurde völlig verfehlt. Dabei gibt es nur einen Wermutstropfen, nämlich dass die Verträge für diese auf bis zu 6 bis 10 Jahre angemietet worden

Die AfD-Fraktion Darmstadt informiert

Willkommenskultur endet in Darmstadt auf einem kontaminierten Industriegelände

sind und jetzt die Bürger und Steuerzahler noch auf Jahre hinaus Millionen Euros weiter bezahlen müssen. Die Darmstädter Bürger haben nach Überzeugung der AfD-Fraktion nur Nachteile: Sie bekommen nicht nur ein nicht gewolltes Flüchtlingsghetto mit nahezu 1.000 Flüchtlingen, noch dazu für die gewaltige Summe von 54 Millionen Euro (auf 10 Jahre gerechnet) im Zentrum ihrer Stadt. Auch die angrenzenden Stadtteile Arheilgen und das Johannisviertel sowie auch das Martinsviertel sind unmittelbar davon betroffen. Auch wenn man die Kosten einzeln betrachtet, ist das Projekt absurd teuer: Die monatliche Kaltmiete beträgt

264.110,00 EUR (Kaltmiete: Quadratmeterpreis 24,00 EUR im Vergleich zum Mietspiegel 2016 für die Stadt Darmstadt 11,00 EUR.). Die Nebenkosten werden noch einmal 1,5 Mio. EUR jährlich verschlingen. Hinzu kommen noch zusätzliche Kosten (Betreuung, Sicherheit...) von jährlich bis zu 1,45 Millionen EUR. Aus all diesen Gründen hat die AfD-Fraktion die Entscheidung der grün-schwarzen Stadtregierung im Interesse der Darmstädter Bürger und Steuerzahler vor Gericht überprüfen lassen. Zur Zeit steht eine Überprüfung der ersten ablehnenden Entscheidung beim Verwaltungsgericht Kassel an.

AfD-Kommentar zu dem Urteil:

Es wird in dem Artikel auf der Web-Seite der Stadt Darmstadt bewusst der Eindruck geweckt, dass der Baustopp und damit auch dieses skandalöse Flüchtlingsprojekt der Stadt Darmstadt in der Otto-Röhm-Straße und im Sensfelderweg vor dem Verwaltungsgericht Darmstadt abgewiesen worden ist. Dies ist nicht der Fall. Es wurden lediglich die Beteiligungsrechte der AfD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung teilweise juristisch aufgearbeitet.

Die baurechtlichen Beweismittel in Form des Bebauungsplans N 6.5, der für dieses Grundstück gar keine Wohnbebauung vorsieht, wurden nicht behandelt. Ebenso die gravierenden umweltrechtlichen Begründungen und die haushaltsrechtlichen

Fragestellungen dieses 54 Millionen Euro teuren Flüchtlingsprojektes wurden vom Verwaltungsgericht juristisch nicht geprüft. Diese Beweismittel bzw. Begründungen der Klage werden dann erst im Berufungsverfahren durch die sog. Baurechtskammer des Verwaltungsgerichtshof juristisch untersucht werden.

Die Stadt Darmstadt feiert sich zu früh und versucht die zahlreichen Proteste der Darmstädter Bürger, Anwohner und Gewerbetreibenden zu ignorieren. Die prekären Probleme, die dieses Flüchtlingsghetto inmitten der Stadt mit 1.000 Asylbewerbern verursachen wird, werden tunlichst verschwiegen.

Flüchtlingshilfe der AfD-DA mal anders: In Syrien und Nordirak

Wolfgang Schöhl und Reinhard Ballhorn beim Einladen von Flüchtlingspaketen für Syrer im Nordirak.



**Bitte nehmen Sie mit uns Kontakt auf.
Hier unsere E-Mail-Adresse:
Syrienhilfe@AfD-Fraktion-Darmstadt.de
oder telefonisch: 01632537049**

Der AfD-Fraktion im Stadtparlament wird von den anderen Fraktionen vorgeworfen, sie seien gegen Flüchtlingshilfe eingestellt oder gar ausländerfeindlich.

Beides ist nicht richtig, wie man an folgenden Beispielen sehen kann:

- AfD-Fraktionsmitglieder haben weitreichende Auslandserfahrungen und keine Berührungängste
- Wir machen aber Unterschiede zwischen berechtigten und nicht berechtigten Zuwanderern. Unser Ziel: Eine kontrollierte Zuwanderung nach dem kanadischen Modell
- Die Rot-rot-grüne Parteien vermeiden die Rückführung unberechtigter Zuwanderer.
- Wir kritisieren die hohen Kosten der Flüchtlingsversorgung in Deutschland (siehe Neubau Sensfelderweg)
- Was könnte die Stadt Darmstadt tun?: Eine Partnerstadt im Nordirak oder in Jordanien (nicht in den USA!!!) suchen, über die direkte Unterstützung für Flüchtlinge abgewickelt wird
- Unser Weg: Hilfe vor Ort z.B. durch Kleidersammlung und Spenden für syrische Kriegsflüchtlinge im Nordirak.

Siedlungsbeschränkung in DA-Nord und die Langzeitfolgen

Darmstadt ist eine der wenigen Städte, die noch rasch wachsen. Daher braucht die Stadt dringend neue Wohnbauflächen. Der größte Teil von Flächen, die für eine Ausweisung von Neubaugebieten in der Stadt Darmstadt zur Verfügung stehen würde, liegt im Darmstädter Norden. Leider ist dieses Stück Heimat durch das Fluglärmgesetz (und durch den regionalen Flächennutzungsplan??) als gesundheitsschädlich und als nichtbebaubar definiert worden. Obwohl dort viele freie Flächen wären, kann wegen des Fluglärms nicht gebaut werden. Die Stadtregierung hat für dieses Dilemma noch keine Lösung angeboten. Da diese großen Flächen andernorts nicht in diesem Ausmaß zur Verfügung stehen, werden die rest-

lichen Flächen der Stadt Darmstadt verdichtet, was das Zeug hält. Das schafft neue Probleme: Zum Beispiel überfüllte Straßen und mangelnde Parkplätze in den verdichteten Stadtgebieten.

Mit dem Problem des Fluglärms müssen sich allein die Bürger auseinandersetzen, die dort schon immer gewohnt haben. Die Stadtregierung scheint sich dafür nicht mehr zu interessieren. Für die GRÜNEN scheinen ökologische und gesundheitliche Aspekte keine große Rolle mehr zu spielen. Dass die großen Darmstädter Flächen im Norden als nichtbebaubar erklärt wurden, führt zu immer weniger Wohnraum im gesamten Stadtgebiet. Daher müsste die Stadtregierung dringend Lösungen anbieten zu der Frage, wo neue Gebiete für den sozialen Wohnungsbau geschaffen werden können. Die AfD-Fraktion in der Darmstädter Stadtverordnetenversammlung

beklagt, dass die Stadtregierung für beide Probleme – die Lärmreduzierung in Darmstadts Norden und die Erschließung neuer Wohnbaugebiete – auch für den sozialen Wohnungsbau – zu wenig Lösungen anbietet. Zunächst zur Lärmreduzierung in Darmstadts Norden: Die Alternative wäre, eine der 19 Maßnahmen der Lärmreduzierung durchzuführen, nämlich die Umfliegung des Darmstädter Nordens. Bis heute hat diese Maßnahme allerdings niemand umgesetzt. Die Vertreter der Stadtregierung Darmstadt glänzen durch Passivität und stellen viel zu wenig schützende Anträge in der Fluglärmkommission zu Gunsten der Bewohner von Darmstadts Norden.

Die Stadtverwaltung handelt gegen den Willen der Darmstädter Bürger

Weder der Bund, noch die Länder sehen sich dafür verantwortlich, die hohen Kosten der Asylkrise zu übernehmen. Und so wird gestritten und gekämpft. Es gibt neue Vorgaben und neue Zahlen, eine Einigung oder gar ein Konzept für die Flüchtlingskrise ist nicht in Sicht. Angesichts der immensen Probleme fehlen nicht nur zielführende Konzepte, sondern vor allem Antworten auf die immer größeren sozialen Konflikte. Die Probleme werden vom Bund auf die Länder und dann auf die Kommunen weitergeleitet. Eine Zumutung nennt Seehofer das

Vorgehen von Schäuble.

Wir sehen es eher als eine Zumutung für den Bürger, denn er ist es letztendlich, der das Geld für die Kosten aufbringen muss. Ob es da aus dem Staatsäckel oder aus den Kassen der Länder kommt, ist für ihn erstmal zweitrangig. Die Stadtoberen sind mittlerweile ohne Sinn und Verstand. Da wird das Bölle – als Böllenfalltor-Stadion mit Darmstädter Mundart im Darmstädter Echo vom 07.07.2016 betitelt – nur saniert, weil für die Darmstädter Bürger



kein Geld da ist. Ein neues Fußball-Stadion würde 33 Millionen Euro kosten. Wahrscheinlich nicht einmal ein sonderlich modernes Fußball-Stadion, das die Lilien nach ihren vielen Erfolgen und ihrem beispiellosen Engagement allemal verdient hätten. In 3 Jahren konnten nicht einmal private Sponsoren gefunden werden, die es in Darmstadt und im Rhein-Main-Gebiet im Überfluss gibt. Es ist ein absolutes Armutszeugnis dieser Stadtregierung und ein fehlendes Engagement für die zentralen Interessen der Darmstädter Bürger, dass es hier noch keine Lösungsansätze gibt. Eine Sanierung des alten Fußball-Stadions für nahezu 11 Millionen Euro ist sicherlich nicht der Weisheit letzter Schluss und für 3 Jahre Arbeitsleistung ein ärmliches und klägliches Resultat. Darmstadts Oberbürgermeister Jochen Partsch (Grüne) kündigte an, die Pläne für einen großen Stadionumbau ruhen zu lassen und stattdessen für insgesamt 11 Millionen Euro „eine Modernisierung in fünf Schritten“ durchzuführen.

Wussten sie schon...?

... dass die geplanten Unterkünfte am Sensfelder Weg für die knapp 1000 Asylbewerber weit mehr als ein neues modernes Fußballstadion für Bundesligist SV 98 Darmstadt kosten?

... dass man durch Zentralisierung der Feuerwehren DA-Arheilgen und DA-Wixhausen immense Kosten sparen könnte; und trotzdem ist das kein Thema für die Stadtregierung in Darmstadt, obschon sie sich hoch verschuldet unter den kommunalen Rettungsschirm des Landes Hessen gerettet hat?

... dass die Stadt Darmstadt alte säumige Außenstände bei den Gewerbesteuern im oberen fünf-stelligen Bereich verloren hat? Beim Finanzamt hat sie erst nach knapp 4 Jahren nachgefragt und dann nur noch erfahren, dass das betreffende Unternehmen bereits aus dem Handelsregister gelöscht ist und die Steuerschulden unwiederbringlich für die Stadt DA verloren gingen?

...dass ein unbegleiteter minderjähriger Neubürger (Asylbewerber) in Darmstadt bis zu 3000 EUR monatlich an Steuergeld kostet, der größte Teil (ca. 55 % der 224) aus

Afghanistan stammt und davon ca. 90 % Männer sind?

... dass Mitglieder der AfD-Fraktion in Darmstadt wie auch die von anderen Parteien aktiv in der Flüchtlingshilfe tätig sind - zum Beispiel indem sie Nachhilfe und Spracherziehung für Jugendliche Flüchtlinge geben (so z.B. unser Magistratsmitglied Dr. Ballhorn). Ähnlich engagiert sich unser Fraktionsmitglied Thomas Arend, der sich aufgrund seines früheren Berufes besonders gut in der Flüchtlingsbetreuung auskennt.

Dies könnte in der STAVO am 29.9. zum Thema werden: FRAUENSCHWIMMEN nach islamischen Regeln (Quelle: <http://www.islamweb.net>)

1. Die Frau muss ihr Haus bedeckt und unparfümiert verlassen.
2. Ihre Aura (zu bedeckenden Körperteile) im Schwimmbad muss bedeckt sein, sodass nichts davon in Erscheinung tritt. Die Muslima darf in der Anwesenheit einer anderen Muslima ihren Kopf, ihre Füße und ihre Brüste zeigen, da in diesem Fall ihre Aura vom Nabel bis zum Knie reicht. Vor einer Nichtmuslima darf sie allerdings nur das Gesicht und die Hände entblößen. Die Gelehrten vertreten jedoch verschiedene Meinungen bezüglich der Definition der weiblichen Aura.
3. Im Schwimmbad dürfen sich keine Männer aufhalten.
4. Die Frauen müssen ihre Aura im Schwimmbad komplett bedecken.
5. Es muss sichergestellt sein, dass die Frauen von keinem Mann beobachtet werden können, auch nicht von Überwachungskameras.
6. Der Ehemann bzw. die Eltern der unverheirateten Frau müssen einverstanden sein.
7. Der Besuch des Schwimmbades darf die Muslima nicht von ihren religiösen Pflichten abhalten.

Meine Libanonreise 2016

Artur Pardela, Stadtverordneter der AfD-Fraktion DA



Für EU-Bürger ist eine Reise in den Libanon relativ einfach. Man braucht kein Visum. Ich habe nach meiner Ankunft im Hotel gleich einen dem Hotel angeschlossenen Taxifahrer angesprochen, ob er mir Beirut zeigen kann. Später haben wir auch weitere Fahrten unternommen, so dass er zum Schluss zu meinem libanesischen Reiseführer wurde. In einem Land wie dem Libanon ist es immer gut, Reiseführer zu haben, die sich auch mit der Sicherheitslage auskennen. Daher hat mich auch sehr interessiert, wie ein kleines Land wie der Libanon mit seinen knapp 5.5 Mio. Einwohnern es schaffen kann, noch zusätzlich knapp über eine Million Flüchtlinge bei sich aufzunehmen

und zu versorgen. Das sind über 20 % der Bevölkerung.

Auch wollte ich die politische Lage in Libanon kennen lernen und herausfinden, wie das Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen Konfessionen (rund 50% Muslimen und 50% Christen) funktionieren kann. Ich habe im Libanon auch ein Flüchtlingscamp besucht, und mein Eindruck war: Den Flüchtlingen ging es den beengten Umständen in diesem Land entsprechend gut..

Mein Fazit:

Eine ausgewogene Verteilung politischer Ämter zwischen den Religionen ist die Basis des friedlichen gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Die Flüchtlingspolitik Deutschlands und der Europäischen Union ist in der Vergangenheit viel zu verschlafen und unbeweglich gewesen. Schon vor rund fünf Jahren, als der syrische Bürgerkrieg begann, hätte man viel mehr tun sollen zur Unterstützung von Flüchtlingslagern im kleinen und wirtschaftlich schwachen Land Libanon sowie in vom Krieg nicht betroffenen Gebieten in Syrien selbst. Dann hätten sich gar nicht so viele syrische Bürgerkriegsflüchtlinge auf den weiten Weg nach Europa machen müssen. So weit weg,

dass sie kaum beim Wiederaufbau ihres Landes helfen können oder wollen, wenn der Bürgerkrieg eines Tages zu Ende ist.

Umso mehr wäre es heute, wo die Zahl der Flüchtlinge so groß geworden ist, sinnvoll, dass Deutschland und die Europäische Union sich darum bemüht, Flüchtlingslager sowohl auf syrischem Gebiet wie dem von Latakia als auch die bestehenden großen Flüchtlingslager auf dem Gebiet des Libanon großzügig zu unterstützen. Und zwar nicht nur mit Geld, sondern auch mit Waren, Schulen und Berufsschulen. Und ganz erheblich intensiver, als dies in der Vergangenheit geschehen ist.

Herausgeber:

AfD Fraktion Darmstadt
Holzstr.2 64283 Darmstadt
Stadtverordnete:
Siegfried Elbert Tel. 01632537049
Thomas Arend
Prof. Dr. Wolfgang Schöhl
Kontakt:
info@afd-darmstadt-fraktion.de
www.afd-darmstadt-fraktion.de
Alle Beiträge sind urheberrechtlich geschützt.
Fotos | Grafiken:
© AfD-Darmstadt-Fraktion, Darmstadt, 2016